



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2017

Wenn AusländerInnen wählen und abstimmen dürften: Überlegungen anhand von aktuellen Umfragedaten

Strijbis, Oliver

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-145771>

Book Section

Originally published at:

Strijbis, Oliver (2017). Wenn AusländerInnen wählen und abstimmen dürften: Überlegungen anhand von aktuellen Umfragedaten. In: Glaser, Andreas. Politische Rechte für Ausländerinnen und Ausländer? Zürich: Schulthess Verlag, 57-72.

Oliver Strijbis

Wenn AusländerInnen wählen und abstimmen dürften: Überlegungen anhand von aktuellen Um- fragedaten

I. Einleitung

AusländerInnen haben in der Schweiz bekanntlich kein Wahlrecht auf nationaler Ebene. Für die Frage, wie AusländerInnen wählen und abstimmen würden, kann es daher nur indirekte Evidenz geben. Neben theoretischen Überlegungen und Beobachtungen aus dem Ausland erlauben vor allem neue Datenerhebungen gehaltvolle Aussagen zu dieser kontrafaktischen Frage. Diese neuen Datenerhebungen beinhalten das Wahlverhalten von AusländerInnen auf lokaler Ebene, das Wahl- und Abstimmungsverhalten von Personen mit Migrationshintergrund sowie das hypothetische Abstimmungsverhalten von Ausländern.

Bereits in den frühen 1980er Jahren wurden Personen mit Migrationshintergrund als aufstrebende politische Kraft wahrgenommen (Miller 1981). Mittlerweile sind in der EU unter den 25- bis 54-Jährigen Einwohnern rund 12% selbst eingewandert, etwa drei Prozent haben einen Elternteil der im Ausland geboren ist und bei mehr als zwei Prozent wurden beide Eltern im Ausland geboren (Eurostat 2011). Relativ gesehen machen Bewohner mit Migrationshintergrund mit 61,9% den höchsten Anteil in Luxemburg aus, gefolgt von der Schweiz mit 46,4% der Wohnbevölkerung. In der Schweiz macht die zweite Generation 15,3% der Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 54 Jahren aus während 31,1% selbst eingewandert sind.

Aufgrund der eher strengen Einbürgerungspolitik verfügt nur ein Teil der Einwohner mit Migrationshintergrund über das Wahlrecht. Dennoch: Mit rund 20% der Wähler machen Personen mit Migrationshintergrund der ersten und zweiten Generation einen erheblichen Anteil an der gesamten Schweizer Wählerschaft aus. Mit kontinuierlicher Einwanderung, der Einbürgerung eines wichtigen Anteils der Migranten und ihrer Nachkommen und der teilweisen Einführung des Ausländerwahlrechts auf subnationaler Ebene hat die Bedeutung des Wählersegmentes mit Migrationshintergrund weiter zugenommen (Caramani und Strijbis 2013; Bauböck 2005). So hat das Wahlver-

halten von Personen mit Migrationshintergrund das Potenzial erheblich auf das Parteiensystem auszuwirken, indirekte Effekte auf politische Entscheide konnten bereits nachgewiesen werden (Vernby 2013; Koopmans, Michalowski und Waibel 2012).

Der potentielle Einfluss der Wähler mit Migrationshintergrund bleibt jedoch hinter dem effektiven zurück. Der Grund ist, dass die Wahlbeteiligung unter ihnen deutlich geringer ist als unter jenen ohne Migrationshintergrund. Gemäss Umfragedaten haben bei der Nationalratswahl 2011 unter den Personen mit Migrationshintergrund rund 10% weniger gewählt als unter den übrigen Wahlberechtigten (Strijbis 2014; siehe auch Boughaba 2014). Der Wähleranteil war dabei am geringsten bei Personen deren beide Eltern im Ausland geboren wurden. Der Wähleranteil der ersten Generation war ähnlich wie bei jenen, die nur über einen im Ausland geborenen Elternteil verfügen.

Neue Register- und Umfragedaten geben inzwischen auch Auskunft über die Wahlbeteiligung von AusländerInnen in Kantonen mit Ausländerwahlrecht. Ruedin (2016) zeigt in einer neuen Studie für den Kanton Genf, dass AusländerInnen gegenüber Schweizern durchschnittlich eine deutlich tiefere Wahlbeteiligung ausweisen. Besonders tiefe Wahlbeteiligung konnte unter den Spaniern (22%), Portugiesen (17%) und nicht-europäischen Staatsbürgern (27%) ausgemacht werden. Die Wahlbeteiligung von Franzosen (38%), Italienern (34%) und anderen Westeuropäern (39%) lag hingegen nur knapp unter jener der Schweizer StaatsbürgerInnen (42%).

In diesem Beitrag soll es aber nicht um die Wahlbeteiligung von AusländerInnen gehen, sondern darum wie sich jene AusländerInnen entscheiden würden, die an Wahlen und Abstimmungen auf nationaler Ebene teilnehmen würden, hätten sie denn das Wahlrecht. In meinem Beitrag werde ich zeigen, dass AusländerInnen eher linke Parteien wählen würden. Die Tendenz zu linken Parteien wäre in der Schweiz aber geringer als in anderen westeuropäischen Staaten und würde nicht zu grossen Veränderungen bei den Wähleranteilen führen. Der Grund dafür, so werde ich argumentieren, liegt im Umstand, dass der Migrationshintergrund nur für Herkunftsgruppen welche mit starker Abneigung durch einen Teil der Mehrheitsbevölkerung konfrontiert sind, eine bedeutende Rolle bei der Entscheidungsbildung spielt. Ähnliches lässt sich auch beim Abstimmungsverhalten feststellen, was mitunter zu überraschenden Resultaten führt.

II. Erwartungen aus der vergleichenden Wahlforschung

Die vergleichende Forschung hat gezeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund in ihrem Wahlverhalten in systematischer Weise von den anderen WählerInnen abweichen: Sie wählen überdurchschnittlich linke Parteien. Diese Tendenz zu linken Parteien konnte zum Beispiel für ethnische Minderheiten in Großbritannien (Messina 2007; Sanders u. a. 2014; Heath u. a. 2011), die erste und zweite Generation in den Niederlanden (Tillie 1998) und für MigrantInnen in Norwegen (Bergh und Bjørklund 2011) nachgewiesen werden. Das gleiche Bild zeigt sich bei Kommunalwahlen in Brüssel, wo die marokkanischen und türkischen Einwanderer eine klare Präferenz für die Sozialistische Partei haben (Teney u. a. 2010). Dies im Gegensatz zu den EU-Einwanderern, welche kaum anders wählen als in Belgien geborene. Ein ähnliches Muster kann man unter den Zuwanderern in Deutschland beobachten, wo Eingebürgerte türkischer Herkunft eindeutig linken Parteien und dabei insbesondere den Sozialdemokraten den Vorzug geben, während Einwanderer aus Mittel- und Osteuropa – darunter viele Aussiedler – die Christdemokraten bevorzugen (Wüst 2004).

Die vergleichende Politikwissenschaft hat mehrere Erklärungen hervorgebracht, um das Wahlverhalten der Personen mit Migrationshintergrund zu erklären. Der Neomarxismus interpretiert das Wahlverhalten mit Bezug auf die sozioökonomische Schichtung. Nach dieser Perspektive wird für Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die in einer ähnlichen sozioökonomischen Lage sind, ein ähnliches Wahlverhalten erwartet (Bird, Saalfeld und Wüst 2009, 10–11). Die Tendenz zu linken Parteien von vielen Migrantengruppen würde sich demnach mit deren schwacher sozialer Stellung erklären lassen. Wüst (2004) zeigt für Deutschland jedoch, dass dies nicht die ganze Geschichte sein kann, da sozioökonomische Merkmale zwar von einiger Bedeutung sind, den Unterschied im Wahlverhalten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund aber nur teilweise erklären können. Dasselbe gilt für Frankreich, wo soziale Schichtung alleine nicht erklären kann, warum Maghrebiner und Afro-Franzosen eine starke Präferenz für die linken Parteien haben (Tiberj 2009). Mit der Abwanderung von sozialdemokratischen zu nationalkonservativen Parteien eines wichtigen Anteils der Arbeiterschaft ohne Migrationshintergrund (z.B. Kriesi u. a. 2008), dürfte sich die Differenz im Wahlverhalten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zumindest in der Arbeiterschicht noch zusätzlich verstärkt haben.

Die Beobachtung, dass Personen mit Migrationshintergrund aus sozial benachteiligten Migrantengruppen zu linken Parteien neigen, während sozial Schwache ohne Migrationshintergrund nicht selten nationalkonservativ wählen, legt nahe das Wahlverhalten direkt mit Präferenzen zur Migrationspolitik in Verbindung zu bringen. So könnte man erwarten, dass die eigene Migrationserfahrung oder jene der Eltern zu einer besonders positiven Einstellung gegenüber Migration führen (aber siehe unten). Des Weiteren sind Personen mit Migrationshintergrund auf besondere Weise mit Institutionen und Diskursen konfrontiert. So haben zum Beispiel viele WählerInnen mit Migrationshintergrund ein Einbürgerungsverfahren durchlaufen und dürften sich auf Grund dieser Erfahrung eher für die Lockerung des Einbürgerungsrechts aussprechen als Personen ohne Migrationshintergrund. Auch werden Personen mit Migrationshintergrund eher mit xenophoben Diskursen und Diskriminierung konfrontiert, weshalb sie eine überdurchschnittlich starke Präferenz für Anti-Diskriminierungsgesetzgebung haben dürften.

Allerdings werden Personen mit Migrationshintergrund unterschiedlich von den gleichen politischen Institutionen behandelt und sind unterschiedliche Migrantengruppen verschiedenen politischen Diskursen ausgesetzt (z.B. Statham 1999). Genauer gesagt werden Personen mit Migrationshintergrund, die zu einer "Outgroup" gehören, von Institutionen weniger grosszügig behandelt und sind mit negativeren Diskursen konfrontiert als solche, welche zu einer "Ingroup" gehören.¹ Unterscheidet man nun also zwischen Migrantengruppen, welche zu einer Ingroup gehören von jenen welche zu einer Outgroup gehören, so kommt man für diese Gruppen zu unterschiedlichen Erwartungen. Für die Personen mit Migrationshintergrund einer Ingroup kann man erwarten, dass sie sich in ihren politischen Einstellungen und somit auch ihrem Wahlentscheid nur wenig von den Wählern ohne Migrationshintergrund unterscheiden, während man für Mitglieder der Outgroup eine starke Zuwendung zu jenen politischen Kräften, welche diese Gruppe von einer Schlechterstellung durch die Mehrheitsgesellschaft schützen wollen, erwarten kann. Es ist diese Erklärung, welche die oben dargestellten Unterschiede im Wahlverhalten verschiedener Migrantengruppen am besten erklären kann.

¹ Eine "Outgroup" ist dabei gesellschaftliche Gruppe, mit der sich die meisten Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft nicht identifizieren und sich als ihnen gegenübergestellt wahrnehmen (Tajfel u. a. 1971).

Während die Ingroup-Outgroup-Perspektive das Wahlverhalten von Personen mit Migrationshintergrund weitgehend erklären kann, greift sie in einer Hinsicht zu kurz: Sie übersieht, dass politische Identitäten von Bürgern mit Migrationshintergrund teilweise auch mit Bezug auf ihr Auswanderungsland beziehungsweise jenes ihrer Eltern gebildet werden. Dies scheint gerade im Kontext der Globalisierung, welche es MigrantInnen ermöglicht transnationale Gemeinschaften zu bilden und multiple Identitäten aufrecht zu erhalten, von Bedeutung (Castles 2002). Zum Beispiel wurde für Protestverhalten von Migrantengruppen gezeigt, dass dieses stark durch vergangene und gegenwärtige politische Konflikte im Auswanderungsland beeinflusst wird (Koopmans u. a. 2005; Strijbis 2015; Strijbis 2011).

Mit Bezug auf das Wahlverhalten dürfte vor allem die mit Bezug auf das Auswanderungsland sozialisierte Parteiidentifikation von Bedeutung sein. Allerdings können die Parteiidentifikationen mit Bezug auf das Auswanderungsland nicht direkt auf das Parteiensystem in den Empfangszustand angewendet werden. Denn WählerInnen mit Migrationshintergrund müssen die Parteiidentifikation im Auswanderungsland auf das Parteiensystem im Einwanderungsland projizieren. Teilweise scheint dies zu geschehen. So findet zum Beispiel Mügge (2010) für kurdische und surinamische Migranten in den Niederlanden einen Zusammenhang zwischen der Parteiidentifikation im Auswanderungsland und jener in den Niederlanden.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass ein Migrationshintergrund als solches wenig Auswirkung auf die Wahlentscheidung hat. Fühlen sich Personen mit Migrationshintergrund aufgrund desselben jedoch benachteiligt, so haben sie eine starke Neigung linke Parteien zu wählen. Für Personen mit Migrationshintergrund, in deren Auswanderungsland es bedeutende politische Konflikte gibt, kann auch die politische Sozialisierung mit Bezug auf diese für das Wahlverhalten im Einwanderungsland von Bedeutung sein. Allgemein scheint allerdings zu gelten, dass der Status im Einwanderungsland von grösserer Bedeutung ist. Das zeigt sich zum Beispiel an der Tatsache, dass in Dänemark WählerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht etwa die bürgerlichen Parteien sondern die Sozialdemokraten bevorzugen (Mikkelsen 2009).

Die soeben dargestellten Befunde aus der vergleichenden Literatur betreffen mehrheitlich das Wahlverhalten von *Inländern*. Haben sie auch Gültigkeit für das Wahlverhalten von AusländerInnen? Meines Erachtens können die Beobachtungen für Inländer mit Migrationshintergrund weitgehend auf Auslän-

derInnen übertragen werden. Dies zumindest dann, wenn die Staatsbürgerschaft selber nicht ausschlaggebend dafür ist, ob jemand zu einer Outgroup gehört oder nicht. Denn wie wir der vergleichenden Literatur entnehmen konnten ist die Tendenz zu einer linken Partei je grösser desto eher eine Person mit Migrationshintergrund einer Outgroup angehört.

III. Das Wahlverhalten von Personen mit Migrationshintergrund in der Schweiz

Die vergleichende Forschung kann uns Erwartungen und Erklärungen für das Wahlverhalten von AusländerInnen in der Schweiz liefern. Sie kann uns aber nur bedingt darüber Auskunft geben wie die in der Schweiz wohnhaften AusländerInnen, welche sich in ihrer Komposition von jenen in anderen Ländern teilweise unterscheiden, im hiesigen wirtschaftlichen und politischen Kontext verhalten würden. Mehr Auskunft darüber können uns Befunde zum Wahlverhalten von AusländerInnen auf kantonaler Ebene und SchweizerInnen mit Migrationshintergrund auf nationaler Ebene geben.

Direkte Evidenz zum Wahlverhalten von AusländerInnen in den Schweizer Kantonen mit kommunalem Ausländerwahlrecht gibt es kaum. Bisherige Wahlergebnisse weisen aber darauf hin, dass AusländerInnen in den Kantonen Jura, Neuenburg und Genf eher linke Parteien wählen (Ruedin 2016; Ruedin 2010). Für die Stadt Genf liegen die Daten nach Nationalität vor. Dabei zeigt sich, dass vor allem die PortugiesInnen eher linke Parteien gewählt haben, die OsteuropäerInnen rechte Parteien und die übrigen AusländerInnen recht ähnlich wie die Schweizer (Ruedin 2016, 19). Eine Untersuchung der Ursachen für diese Unterschiede im Wahlverhalten nach Nationalität liegt jedoch (noch) nicht vor.

Während das Wahlverhalten von AusländerInnen in Schweizer Kantonen mit Ausländerwahlrecht bisher also noch nicht detailliert untersucht wurde, habe ich das Wahlverhalten von Personen mit Migrationshintergrund bei den Schweizer Nationalratswahlen genauer betrachtet (Strijbis 2014). Dazu habe ich das Wahlverhalten von MigrantInnen und Personen, von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren ist mit den Daten der *Selects* Nachwahlbefragung zu den Nationalratswahlen 2011 ausgewertet. Die Befunde für die Nationalratswahlen 2011 bestätigen die Resultate aus der vergleichenden Literatur: Personen mit Migrationshintergrund tendieren eher zur Linken als Wähler ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 1: Wahlverhalten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund bei den Nationalratswahlen 2011

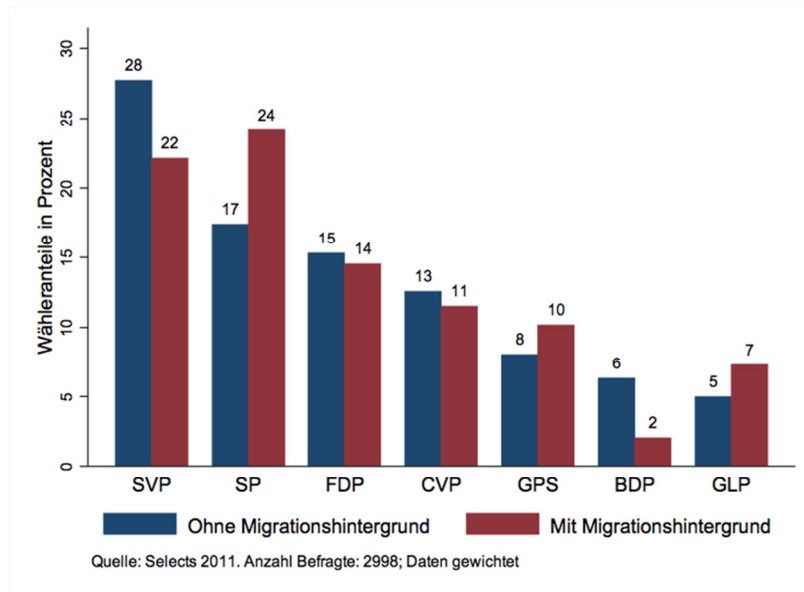


Abbildung 1 zeigt den Wähleranteil für die größten sieben Parteien gemäss Migrationshintergrund.² Sie zeigt einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil der SP unter den Personen mit Migrationshintergrund. Auch die Grünen und die Grünliberalen erhalten etwas mehr Stimmen von Personen mit Migrationshintergrund als von jenen ohne. Das Gegenteil ist der Fall für die nationalkonservative SVP. Die Mitte-Rechts-Parteien wiederum erhalten nur geringfügig weniger Stimmen von Personen mit Migrationshintergrund als von den anderen WählerInnen.

² Der Wähleranteil für die Parteien entspricht nicht jenem in der Gesamtpopulation. Insbesondere wird der Wähleranteil der Schweizerischen Volkspartei (SVP) unterschätzt während jener von den Sozialdemokraten (SPS) überschätzt wird. Es gibt aber keinen Grund anzunehmen, dass dadurch der Unterschied im Wahlverhalten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund – das Interesse der Analyse – verzerrt würde.

Die Tendenz zu linken Parteien trifft hauptsächlich für Personen aus wenig beliebten Migrantengruppen zu. Dazu gehören insbesondere Personen mit südosteuropäischem (Ex-Jugoslawien, Türkei) und afrikanischem Migrationshintergrund und/oder Asylsuchende aus anderen Weltregionen (Helbling 2011; Ruedin u. a. 2013). Diese werden oftmals von direktdemokratischen Entscheiden negativ betroffen (Hainmueller und Hangartner 2013; Vatter 2011, 282) und sind Intoleranz (Freitag und Rapp 2013) und Diskriminierung (Fibbi, Lerch und Wanner 2006) ausgesetzt. Der Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu dieser Outgroup und linkem Wahlverhalten hält denn auch einer 'Kontrolle' für sozioökonomische und demographische Variablen stand. Eine genaue Untersuchung des Zusammenhangs von Zugehörigkeit zu einer Outgroup und Wahlentscheid für die Linke zeigt ausserdem, dass dieser durch Parteiidentifikation mediert wurde. Meine Interpretation davon ist, dass die positive Haltung linker Parteien diesen Migrantengruppen gegenüber im Kontext starker politischer Mobilisierung der Migrationspolitik bereits zu einem Zeitpunkt vor der Wahl (z.B. bei früheren Abstimmungskampagnen) zu einer linken Parteiidentifikation bei denselben geführt hat (Strijbis 2014, 14).

Neben Personen mit Migrationshintergrund, welche einer Outgroup angehören, tendieren auch jene aus der 'Gastarbeiter-Generation' zu linken Parteien. Die Abweichung im Wahlverhalten dieser Migrantengruppe von den Personen ohne Migrationshintergrund ist jedoch recht gering. Im Gegensatz dazu wählen Personen mit osteuropäischem Migrationshintergrund überdurchschnittlich Mitte-Rechts-Parteien, was mit negativer Erfahrung mit einem sozialistischen Regime erklärt werden kann. Interessanterweise scheint die Einbürgerung keinen Einfluss auf das Wahlverhalten von Personen mit Migrationshintergrund auszuüben. Die populäre These, dass Eingebürgerte sogar noch eher rechts wählen als Schweizer ab Geburt ist also falsch.

Insgesamt steht das Ergebnis, dass ein höherer Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund in der Schweiz für die linken Parteien stimmen im Einklang mit Evidenz aus anderen europäischen Ländern. Allerdings ist der Unterschied im Wahlverhalten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund deutlich geringer als in den meisten anderen Ländern und das Wahlverhalten variiert stark nach Migrationsgruppe.

IV. Das Abstimmungsverhalten von Personen mit Migrationshintergrund bei der Masseneinwanderungsinitiative

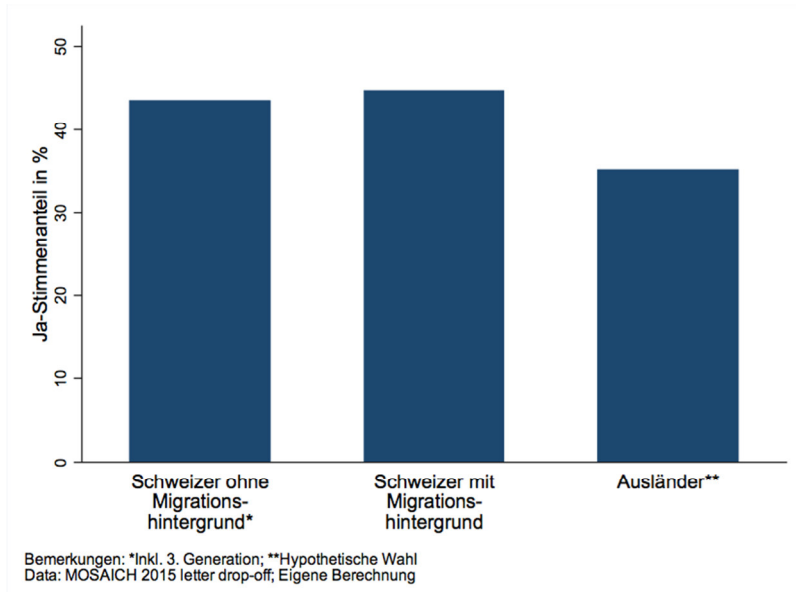
Während der Migrationshintergrund nur einer von vielen Faktoren ist, welcher das Wahlverhalten beeinflusst, könnte man annehmen, dass er bei migrationspolitischen Vorlagen von grosser Bedeutung ist. Die Intuition ist, dass Schweizer mit Migrationshintergrund anderen Migranten und Ausländern gegenüber besonders offen eingestellt sind (siehe oben). Dies umso mehr als diese Intuition mit der Tendenz zu linken Parteien konsistent ist. Gegen einen starken Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Abstimmungsverhalten spricht allerdings, dass diese Tendenz zu linken Parteien in der Schweiz nur recht schwach ausgeprägt ist und sie mit den Einstellungen zu migrationspolitischen Themen nicht erklärt werden kann (Strijbis 2014, 13).

Die von FORS durchgeführte MOSAICH Umfrage erlaubt das Abstimmungsverhalten von Personen mit Migrationshintergrund bei einer migrationspolitischen Vorlage systematisch zu untersuchen. Die Umfrage wurde kurz nachdem am 9. Februar 2014 eine knappe Mehrheit (50,3%) der Schweizer Stimmberechtigten der Masseneinwanderungsinitiative zugestimmt haben, durchgeführt. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Umfrage mit 1235 Befragten worunter sowohl Schweizer und Ausländer.³ Mit 45% lag der Anteil der Befragten, welche Ja gestimmt haben etwa 5% unter der Gesamtbevölkerung. Was uns hier jedoch interessiert sind nicht die Wähleranteile pro Gruppe sondern der Unterschied im Abstimmungsverhalten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Abbildung 2 zeigt nun überraschenderweise, dass SchweizerInnen mit Migrationshintergrund zu einem ähnlichen Anteil der Masseneinwanderungsinitiative zugestimmt haben als solche ohne. Ausserdem hätte auch ein beachtlicher Teil

³ Die meisten hier analysierten Daten stammen von einer schriftlichen Zusatzbefragung, bei welcher 947 Teilnehmer mitmachten. Der Umstand, dass nur ein Teil der ursprünglich Befragten an der Zusatzbefragung teilgenommen haben könnte zu Verzerrungen führen. Allerdings zeigen STÄHELI ET AL. (2015), dass auch die Zusatzbefragung für die Gesamtpopulation repräsentativ ist. Eine partielle Ausnahme gibt es jedoch bei den Personen mit nicht-europäischem Migrationshintergrund, welche im Sample unterrepräsentiert sind.

der in der Schweiz wohnhaften AusländerInnen der Initiative zugestimmt, hätten sie denn an der Abstimmung teilnehmen dürfen.

Abbildung 2: Erinnertes bzw. hypothetisches Abstimmungsverhalten bei der Masseneinwanderungsinitiative nach Migrationshintergrund



Eine genaue Analyse der Umfrage zeigt, dass Personen, die selber in die Schweiz eingewandert sind sehr ähnlich abgestimmt haben wie jene, deren Eltern eingewandert sind (Strijbis 2016). Unterschiede gibt es aber zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen. Stimmberechtigte mit Wurzeln in Italien oder Osteuropa (erste und zweite Generation) stimmten der Masseneinwanderungsinitiative häufiger zu als Personen mit Wurzeln in anderen Weltgegenden. Am stärksten abgelehnt wurde die Vorlage bei Stimmberechtigten mit Wurzeln auf dem Balkan. Wie beim Wahlverhalten kann dies damit interpretiert werden, dass diese Migrantengruppe eine Outgroup darstellt und selber ein Teil des Ziels der Initiative und ihrer Kampagne war.

Italienischstämmige SchweizerInnen hingegen legten sogar noch häufiger ein JA in die Urne als dies Personen ohne Migrationshintergrund taten.⁴ Die grosse Unterstützung der italienischstämmigen Stimmberechtigten kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass viele von ihnen im Tessin wohnen, wo sich die Vorlage aus lokalpolitischen Gründen starker Zustimmung erfreute.

Interessanterweise hat die Staatsbürgerschaft *ceteris paribus* keinen signifikanten Einfluss auf die Haltung gegenüber der Masseneinwanderungsinitiative. Vergleicht man die Antworten von SchweizerInnen mit Migrationshintergrund mit AusländerInnen auf die Frage, wie sie heute abstimmen würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten, dann findet man keinen signifikanten Unterschied in den Antworten der beiden Gruppen. Dies unterstreicht das Ergebnis aus der Wahlanalyse, dass die Einbürgerung kaum einen Effekt auf politische Einstellungen hat.⁵

Insgesamt zeigt die Analyse des Abstimmungsverhaltens bei der Masseneinwanderungsinitiative, dass Migrationshintergrund in diesem Fall nur einen geringen Effekt hatte. Wie beim Wahlverhalten zeigt sich ausserdem, dass es bedeutende Unterschiede nach Migrantengruppen gibt und dass der Einfluss von Staatsbürgerschaft auf die politischen Einstellungen recht gering sein dürfte. Ob diese Resultate allgemeine Gültigkeit für migrationspolitische Vorlagen haben oder nicht muss hingegen erst noch überprüft werden.

V. Fazit

Wenn AusländerInnen in der Schweiz wählen und abstimmen dürften, würde sich an den Wahl- und Abstimmungsergebnissen wenig ändern. Dies liegt einerseits daran, dass die Wahl- und Stimmbeteiligung unter AusländerInnen geringer wäre als unter den SchweizerInnen. Andererseits wären auch die Unterschiede im Wahl- und Abstimmungsverhalten überschaubar. Zwar würde das Ausländerwahlrecht wahrscheinlich den Sozialdemokraten etwas mehr Wähler zuführen und die Schweizerische Volkspartei würde etwas verlieren, die Veränderungen in den Wähleranteilen würden mit grosser Wahrchein-

⁴ Die Unterschiede in den Ja-Anteilen über die Migrantengruppen sind dabei jenen, welche HERMANN und MILIC in einer Online-Umfrage zur Durchsetzungsinitiative gefunden haben (BÜCHI 2016), sehr ähnlich.

⁵ Wie HAINMÜLLER ET AL. (2015) aber beweisen, hat die Einbürgerung sehr wohl einen Einfluss auf das politische Interesse.

lichkeit aber zu keiner bedeutenden Verschiebung im Parteiensystem führen. Und selbst bei migrationspolitischen Initiativen dürfte der Einfluss des Ausländerstimmrechts auf die Abstimmungsergebnisse relativ gering sein. So weist zumindest die Analyse des Abstimmungsverhaltens bei der Masseneinwanderungsinitiative darauf hin, dass selbst in der Migrationspolitik der Unterschied in den Einstellungen zwischen SchweizerInnen und AusländerInnen weniger gross ist als man erwarten könnte. Wahl- und abstimmungsstrategische Gründe gegen das Ausländerwahlrecht gibt es somit als kaum.

Literaturverzeichnis

- Bauböck, Rainer. 2005. Expansive Citizenship: Voting Beyond Territory and Membership. *PS* 38, Nr. 4: 683–687.
- Bergh, Johannes und Tor Bjørklund. 2011. The Revival of Group Voting: Explaining the Voting Preferences of Immigrants in Norway. *Political Studies* 59, Nr. 2: 308–327. doi:10.1111/j.1467-9248.2010.00863.x.
- Bird, Karen, Thomas Saalfeld und Andreas M. Wüst, Hrsg. 2009. *The political representation of immigrants and minorities: voters, parties and parliaments in liberal democracies*. Taylor & Francis.
- Boughaba, Yassin. 2014. Participation politique et origines nationales : une analyse de la mobilisation électorale dans une ville populaire en Suisse. *L'Espace Politique. Revue en ligne de géographie politique et de géopolitique*, Nr. 23. doi:10.4000/espacepolitique.3090, <http://espacepolitique.revues.org/3090>.
- Büchi, J. 2016. Italo-Schweizer am ehesten auf SVP-Linie. *20 Minuten*, 4. März 2016.
- Caramani, Daniele und Oliver Strijbis. 2013. Discrepant Electorates: The Inclusiveness of Electorates and Its Impact on the Representation of Citizens. *Parliamentary Affairs* 66, Nr. 2: 384–404. doi:10.1093/pa/gsr069.
- Castles, Stephen. 2002. Migration and Community Formation under Conditions of Globalization. *International migration review* 36, Nr. 4: 1143–1168.
- Ernst Stähli, Michèle, Dominique Joye, Alexandre Pollien, Michael Ochsner, Karin Nisple und Anthe Van den Hende. 2015. MOSAiCH-ISSP: Befragung zur Staatsbürgerschaft und zum Sinn der Arbeit - 2015 [Dataset]. Lausanne: FORS – Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften.
- Eurostat, Hrsg. 2011. *Migrants in Europe - A statistical portrait of the first and second generation*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Fibbi, Rosita, Mathias Lerch und Philippe Wanner. 2006. Unemployment and discrimination against youth of immigrant origin in Switzerland: When the name makes the difference. *Journal of International Migration and Integration / Revue de l'integration et de la migration internationale* 7, Nr. 3: 351–366. doi:10.1007/s12134-006-1017-x.
- Freitag, Markus und Carolin Rapp. 2013. Intolerance Toward Immigrants in Switzerland: Diminished Threat Through Social Contacts? *Swiss Political Science Review* 19, Nr. 4: 425–446. doi:10.1111/spsr.12049.

- Hainmueller, Jens und Dominik Hangartner. 2013. Who Gets a Swiss Passport? A Natural Experiment in Immigrant Discrimination. *American Political Science Review* 107, Nr. 1: 159–187. doi:10.1017/S0003055412000494.
- Hainmueller, Jens, Dominik Hangartner und Giuseppe Pietrantuono. 2015. Naturalization fosters the long-term political integration of immigrants. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 112, Nr. 41: 12651–12656. doi:10.1073/pnas.1418794112.
- Heath, Anthony F., Stephen D. Fisher, David Sanders und Maria Sobolewska. 2011. Ethnic Heterogeneity in the Social Bases of Voting at the 2010 British General Election. *Journal of Elections, Public Opinion & Parties* 21, Nr. 2: 255–277. doi:10.1080/17457289.2011.562611.
- Helbling, Marc. 2011. Why Swiss-Germans Dislike Germans. Opposition to Culturally Similar and Highly Skilled Immigrants. *European Societies* 13: 5–27. doi:10.1080/14616696.2010.533784.
- Koopmans, Ruud, Ines Michalowski und Stine Waibel. 2012. Citizenship rights for immigrants: national political processes and cross-national convergence in Western Europe, 1980-2008. *AJS; American journal of sociology* 117, Nr. 4: 1202–1245.
- Koopmans, Ruud, Florence Passy, Paul Statham und Marco Giugni. 2005. *Contested Citizenship: Immigration and Cultural Diversity in Europe*. University of Minnesota Press.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieur und Timotheos Frey. 2008. *West European politics in the age of globalization*. Cambridge University Press.
- Messina, Anthony M. 2007. *The Logics and Politics of Post-WWII Migration to Western Europe*. Cambridge University Press.
- Mikkelsen, Flemming. 2009. Denmark. In: *The Political Representation of Immigrants and Minorities: Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies*, hg. von Karen Bird, Thomas Saalfeld, und Andreas M. Wüst, 88–91. Taylor & Francis.
- Miller, Mark J. 1981. *Foreign workers in Western Europe: an emerging political force*. Praeger.
- Mügge, Liza. 2010. *Beyond Dutch Borders: Transnational Politics Among Colonial Migrants, Guest Workers and the Second Generation*. Amsterdam University Press.

Ruedin, Didier. 2010. Wie würden Personen ohne den roten Pass wählen: Wahlverhalten von Ausländerinnen und Ausländern. *SFM - Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population*, Discussion Paper SFM 24: 1–12.

---. 2016. Electoral Participation of Immigrants: Why Do Immigrants Not Vote More Often When They Are Given the Opportunity? Paper prepared for the Annual IMISCOE Conference, Prague, 10 June 2016.

Ruedin, Didier, Gianni D'Amato, Nicole Wichmann und Marco Pecoraro. 2013. Migrationsängste der Schweizer Bevölkerung. Neuchâtel: Swiss Forum for Migration and Population Studies.

Sanders, David, Anthony Heath, Stephen Fisher und Maria Sobolewska. 2014. The Calculus of Ethnic Minority Voting in Britain. *Political Studies* 62, Nr. 2: 230–251. doi:10.1111/1467-9248.12040.

Statham, Paul. 1999. Political Mobilisation by Minorities in Britain: Negative Feedback of „Race Relations“? *Journal of Ethnic and Migration Studies* 25, Nr. 4: 597–626.

Strijbis, Oliver. 2011. Aktiv, links und herkunftsorientiert: Die politische Partizipation von Migranten aus der Türkei in der Schweiz. In: *Neue Menschenlandschaften: Migration Türkei-Schweiz*, hg. von Ideli, Mustafa, Virginia Suter Reich, und Hans-Lukas Kieser, 183–197.

---. 2014. Migration Background and Voting Behavior in Switzerland: A Socio-Psychological Explanation. *Swiss Political Science Review* 20, Nr. 4: 612–631. doi:10.1111/spsr.12136.

---. 2015. Beyond opportunity structures: explaining migrant protest in Western Europe, 1975–2005. *Comparative Migration Studies* 3, Nr. 1: 1–22. doi:10.1007/s40878-015-0005-8.

---. 2016. Why do immigrants vote against immigration? *Unpublished Working Paper*, Department of Social Sciences, University Carlos III Madrid, 20 March 2016.

Tajfel, Henri, M. G. Billig, R. P. Bundy und Claude Flament. 1971. Social categorization and intergroup behaviour. *European Journal of Social Psychology* 1, Nr. 2: 149–178. doi:10.1002/ejsp.2420010202.

Teney, Céline, Dirk Jacobs, Andrea Rea und Pascal Delwit. 2010. Ethnic Voting in Brussels: Voting Patterns Among Ethnic Minorities in Brussels (Belgium) During the 2006 Local Elections. *Acta Politica* 45: 273–297. doi:10.1057/ap.2009.25.

Tiberj, Vincent. 2009. France. In: *The Political Representation of Immigrants and Minorities: Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies*, hg. von Karen Bird, Thomas Saalfeld, und Andreas M. Wüst, 69–73. Taylor & Francis.

Tillie, Jean. 1998. Explaining migrant voting behaviour in the Netherlands. Combining the electoral research and ethnic studies perspective. *Revue européenne des migrations internationales* 14, Nr. 2: 71–95.

Vatter, Adrian, Hrsg. 2011. *Vom Schächt- zum Minarettverbot; Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie*. Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Vernby, Kåre. 2013. Inclusion and Public Policy: Evidence from Sweden's Introduction of Noncitizen Suffrage. *American Journal of Political Science* 57, Nr. 1: 15–29. doi:10.1111/j.1540-5907.2012.00612.x.

Wüst, Andreas M. 2004. Naturalised citizens as voters: behaviour and impact. *German Politics* 13, Nr. 2: 341–359.